



Oguzhan Ezim

Besondere Anerkennung

Fachkräfte behalten statt abwerben

Vorwort

Mein Name ist Oguzhan Ezim, ich bin 25 Jahre alt und seit 2 Jahren in der Magistratsabteilung 35 für Einwanderung und Staatsbürgerschaft als Vertragsbediensteter tätig. Meine Stellenbezeichnung im Fachbereich Einwanderung gilt als „Referent“. Konkret bin ich zuständig für die Entscheidung über Verlängerungsanträge auf einen (weiteren/neuen) Aufenthaltstitel und somit den Verbleib im österreichischen Bundesgebiet.

Da ich bereits seit mittlerweile 2 Jahren in der Abteilung tätig bin, habe ich insbesondere mit den behördlichen Schwierigkeiten seitens der Antragstellerinnen *ausreichend Erfahrung sammeln können, weshalb mich das Thema des Wirtschaftsstandorts Österreich, insbesondere die behördlichen Problemstellungen, welche den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv und unattraktiv machen, beschäftigt. Auf den nachfolgenden Seiten beziehe ich mich insbesondere auf das Thema der behördlichen Hürden, welche auf meinen Erfahrungswerten und in Kommunikation mit anderen Kolleginnen innerhalb der Magistratsabteilung – auch außerhalb meiner eigenen Abteilung – basieren.*

Das Thema selbst betrifft mich aufgrund meines jungen Alters sowie meines im August 2026 folgenden Nachwuchses auch persönlich.

Einleitung

Der Wirtschaftsstandort Österreich spielt für mich eine geopolitisch wichtige Rolle. Allein aus dem Grund, da durch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts auch der Zuzug von ausländischen Fachkräften im Land erhöht wird und somit auch der Behördenweg für die Migrant*innen unumgänglich bleibt, um ein vorübergehendes oder dauerhaftes Bleiberecht im österreichischen Bundesgebiet zu erlangen.



Während meiner Ausübung der Tätigkeit in der Magistratsabteilung 35 ist der Zuwachs, aber auch der Abbau an ausländischen Fachkräften eindeutig erkennbar. Während ungefähr 50 % – zumindest meiner bisher bearbeiteten Anträge – der nach Österreich ziehenden Fachkräfte aufgrund der Heirat im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich zuwandern, sind die restlichen 50 % – zumindest meiner bisher bearbeiteten Anträge – der ausländischen Fachkräfte aus „freiem Willen“ nach Österreich zugezogen, um sich hier ein neues Standbein und ein neues Leben aufzubauen.

Dabei spielen auch die verschiedenen Behörden eine sehr wichtige Rolle, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreichs anzuheben.

Da ich noch gerade einmal 25 Jahre alt bin und mich der Zuzug von Fachkräften direkt betrifft, spielt es für mich in Hinblick auf meine Zukunft in Österreich sowie meine Tätigkeit in der Behörde eine besonders große Rolle, in welche Richtung sich der Wirtschaftsstandort Österreich entwickelt. Da ich bereits im August dieses Jahres ein neues Mitglied in unserer Familie erwarte, ist es umso wichtiger für mich, auch für mein Kind eine Perspektive über dessen späteren Werdegang geben zu können.

Natürlich ist jede Person individuell und entscheidet meist bereits im Jugendalter selber über die eigene Zukunft und den zukünftigen Werdegang, jedoch ist es unsere Aufgabe als Elternteile und wir sehen uns als zukünftige Eltern in dieser Hinsicht auch in der Pflicht, den eigenen Kindern in der Rolle als Vorbildfunktion einen Leitweg, persönliche Lebenserfahrung und den Umgang mit der gesellschaftlichen Lage mitzugeben, damit sie bestmöglich auf ein eigenständiges (Berufs-)Leben vorbereitet sein können.

Im Hinblick auf den Werdegang im jugendlichen bzw. pubertierenden Alter bereitet es mir umso mehr Sorgen, wenn ich fast täglich Zeitungsartikel im Internet lese, worin Statistiken zu in Österreich arbeitslosen Jugendlichen deutlich steigen. Das Arbeitsmarktservice Österreich informiert monatlich in einem Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit in Österreich, so ist aus diesem aktuellen Jänner-2026-Bericht herauszulesen, dass allein die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen (unter 25 Jahren) im Vergleich zum vorangegangenen Jahr um 1,6 % gestiegen ist, das entspricht einer Erhöhung um ca. 645 arbeitslose Jugendliche.

Beängstigend für mich ist, dass diese Tendenz steigend ist, da ich auch immer wieder Anträge von Jugendlichen bearbeite, welche sehr oft beim Arbeitsmarktservice als arbeitssuchend oder Bezieher von Mindestsicherung (auch oft bereits verheiratet und/oder Väter/Mütter von Kindern) sind.

Aus dem aktuellen Bericht ist aber auch überraschenderweise herauszulesen, dass die Arbeitslosigkeit von Personen mit akademischer Ausbildung um 15,4 %, also um 4.872 Personen, im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist. Ich vermute, dass diese Erhöhung auf den massiven Arbeitsplatzabbau von (unter anderem auch) großen Unternehmen zurückzuführen ist, welche im vorangegangenen Jahr bei den Handelsgerichten einen Insolvenz- oder Konkursantrag eingebracht haben und somit der Arbeitsplatzabbau, vor allem bei „teuren“ Mitarbeitern, unumgänglich war.

Positiv kann jedoch darüber berichtet werden, dass das Arbeitsmarktservice Wien durch individuelle Schulungen versucht, diese Personen wieder in den österreichischen Arbeitsmarkt einzugliedern. Dabei bietet die Politik durch diverse Förderungen auch einen positiven Blickwinkel zur Verbesserung der Arbeitslosenrate, wie zum Beispiel durch finanzielle Förderungen durch den WAFF (Wiener Arbeitnehmer-Förderungs-Fonds).



Durch die mittlerweile bereits ausständige Digitalisierung der verschiedenen Regierungsservices durch die elektronische Signatur „ID-Austria“ versucht die Politik hierbei auch, behördliche Hürden aus dem Weg zu schaffen und so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreichs zu stärken und zuziehende Fachkräfte an Österreich zu binden.

Vision

Diese elektronischen Regierungsservices, welche in den meisten (EU-)Ländern bereits gang und gäbe sind, waren für Österreich als Industrieland bereits überfällig. Durch die Einführung der elektronischen Signatur „ID-Austria“ gehören viele Behördenwege für die Bevölkerung, von stundenlangem Warten trotz vereinbarter Termine im Wartebereich, der Vergangenheit an.

Doch noch nicht überall greifen die elektronischen Services, in einigen Bereichen wird dies durch Bundesgesetze verhindert, obwohl diese längst novelliert gehören und sich so dem aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stand angepasst werden sollten.

Ich glaube jedoch daran, dass bereits durch die flächendeckende Einführung der ID-Austria ein erster, wichtiger Schritt für die Digitalisierung gesetzt wurde, um somit bis zumindest 2050 der Großteil der Regierungsservices durch die elektronische Signatur oder auf einer anderen elektronischen Funktionsweise abgedeckt sein wird.

Österreich ist ein bürokratisches Land, das ist nicht anzuzweifeln – meiner Meinung nach ist das gut, weil alles dadurch belegbar ist, doch unnötige Bürokratie gehört aus den Behörden und aus der Privatwirtschaft gestrichen.

Nicht zuletzt sind viele Unternehmen, aber auch qualifizierte und für den österreichischen Wirtschaftsstandort nützliche Fachkräfte, aus der österreichischen Wirtschaft ausgestiegen oder haben Insolvenz durch die steigenden Rohkosten bei der Produktion diverser Waren angemeldet, da diese mit der Kaufkraft der Bevölkerung oder auch von Kleinunternehmen nicht mehr deckend waren.

Die österreichischen Gesetze, aber auch die europäischen, setzen – auch, wenn diese beispielsweise für die Umwelt nützlich sind – den produzierenden Unternehmen immer wieder Steine in den Weg, zuletzt durch die Umstellung von Plastikflaschen auf das Pfandsystem.

Natürlich spielen hierbei umwelttechnische Aspekte eine sehr wichtige Rolle, jedoch muss dabei auch an die Wirtschaft im eigenen Land Bedacht genommen werden – so ist durch diese Einführung seitens der Getränkehersteller verpflichtend, die Plastikflaschen mit einem Pfandsymbol zu bedrucken.

Ein zukunftsfähiges Österreich sieht für mich vor, dass sich die österreichische Politik, auch bei der Wahrnehmung der europäischen Vertretungssitzungen, ebenfalls an die „kleinsten“ Unternehmer und vor allem an die Bevölkerung denkt und Empathie für diese entwickelt, auch die logistischen, organisatorischen und insbesondere finanziellen Hintergründe unter anderem solch einer Umstellung bedenkt.

Österreich steht jetzt bereits unter starkem Druck durch Fachkräftemangel, das ist unweit in den verschiedenen Schlagzeilen aus den Tageszeitungen herauszulesen. Die Magistratsabteilung 35 für Einwanderung und Staatsbürgerschaft spielt dabei auch eine zentrale Rolle und ist direkt mitverantwortlich dafür, ob Wien, aber auch bei den verschiedenen Bezirkshauptmannschaften und



Einwanderungsbehörden, Österreich als verlässlicher Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden kann.

Kann meine Vision wahr werden?

Zur Verwirklichung dieser Zukunftsvision ist insbesondere die Politik gefragt, denn durch die Novellierung der dementsprechenden Bundesgesetze, wie beispielsweise das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, kann unter anderem der elektronischen Antragstellung, aber auch der Erweiterung der Quotenplätze für Rot-Weiß-Rot-Karten oder Niederlassungsbewilligungen, der Digitalisierung der jeweiligen Behörden nichts mehr im Wege stehen.

Die Anpassung der Mangelberufsliste für Rot-Weiß-Rot-Karten, aber auch Abkommen mit verschiedenen Herkunftsländern, wo ein erhöhter Bedarf von Fachkräften besteht (z. B. immer wieder erwähnten Pflegekräften), sind ebenfalls in den Händen der Politik.

Zur Bewältigung der dadurch aufkommenden Antragshürde braucht es insbesondere gut gesteuerte, transparente und entscheidungsfindende Verfahren, professionelle und für alle Bürger*innen und besonders ausländischen Personen verständliche Kommunikation und Leitfäden, digitale Services, aber auch die ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, dabei darf jedoch seitens der jeweiligen Behörden die Qualität und Rechtsstaatlichkeit nicht verloren gehen.

Dafür müssen den Behörden jedoch dementsprechend gute und ausgeweitete IT-Prozesse zur Verfügung stehen, die Weiterbildung des behördlichen Personals erweitert und ausgeprägt – insbesondere auch richtig eingesetzt und gefördert – werden.

Die Anerkennung von ausländischen Diplomen und Hochschulabschlüssen darf ebenfalls nicht lange andauern, denn die zuziehenden Personen werden zwar finanzielle Mittel mit nach Österreich nehmen, diese werden jedoch begrenzt sein.

Weniger Sorgen bereitet die Ausbeutung der Migrant*innen und ausländischer Arbeitskräfte, durch die in den verschiedenen Branchen ausgearbeiteten und jährlich überarbeiteten bzw. neu verhandelten Kollektivverträge der Wirtschaftskammern Österreichs.

Fazit

Zusammenfassend ist der Wirtschaftsstandort Österreich nicht aussichtslos, ganz im Gegenteil werden dementsprechende Maßnahmen auch ergriffen, wie zuletzt die Novellierung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes bereits im Gange ist und die Vorschläge der Novelle auch viele Punkte hinsichtlich der Digitalisierung beinhalten.

Die Fachkräftemängel können jedoch nur in Kombination durch qualifizierte, oben beschriebene Zuwanderung und gelingende Integration mit kurzen, transparenten und vor allem für die Antragsteller*innen übersichtlichen Entscheidungswegen bewältigt werden, damit die Politik den Wohlstand und den Wirtschaftsstandort Österreich langfristig und zukunftsorientiert sichern kann.

Unter den Vorgaben der Regierung und den verschiedenen Institutionen müssen auch die dementsprechenden Behörden rechtsstaatlich korrekte, transparente und serviceorientierte Entscheidungen treffen, um das Vertrauen in die Behörden und deren Entscheidungen zu stärken, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu bestärken und die Attraktivität zu erhöhen.